

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verlagsort: Essen, Druck: Verlagsanstalt „Allgemeiner Anzeiger“, Essen, Ruhrstr. 12. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 3 Mark pro Quartal. Ausland: 4 Mark pro Quartal. Postamt: Essen, Nr. 12. Telephon: 1234. Telegramm: „Allgemeiner Anzeiger“.

Nr. 257

Samstag, den 27. November 1920

20. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Im Reichstag hielt Reichsminister Brüning eine bemerkenswerte Rede über die Abstimmung in Oberschlesien.
- Wie verlautet, plant die Reichspost eine neue beträchtliche Erhöhung des Briefpostzolls.
- Die Revision im Erzberger-Selbstmord-Prozess wird am 7. Dezember vor dem Reichsgericht zur Verhandlung kommen.
- Die Entente hält das Rannert-Bot für deutsche Stillstände entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages zu Recht.
- Nach einer Meldung aus Washington wird Senator Rogers am 8. Dezember im Kongress eine Resolution einbringen, in der sofortiger Bruch mit Deutschland verlangt wird.

Wirtschaftliche Wandlungen.

Aus finanziellen Kreisen wird uns geschrieben: Die letzte Woche war gekennzeichnet durch Schwankungen der verschiedenen Wechselkurse, besonders des Marktkurses von einer Schärfe, wie wir sie seit vielen Monaten nicht mehr erlebt haben. Es erscheint ziemlich mühsam, nach den letzten Gründen dafür zu forschen: einen großen Anteil an der Verwirrung, die die Welt über den diesmahligen Tiefpunkt endgültig hinweggebracht zu haben scheint, hatten jedenfalls amerikanische Käufe, besonders zu Beginn, denen sich im späteren Verlauf die üblichen Angst-Devisenverläufe des Landes angeschlossen. Bei jedem neuen derartigen Dauerbeben der Weltwirtschaft taucht natürlich der Gedanke auf, neue auf, ob denn nicht irgendeine Möglichkeit besteht, die gewaltigen Schwankungen zu verhindern oder wenigstens zu dämpfen. Es sind Vorschläge in Masse gemacht worden, mit denen ihre Erörterung dieses Ziel zu erreichen hielten, so weit sich aber überlegen und auch nach geschäftlichen Überlegungen ist eben, ist die Aufgabe in dieser Form unlösbar. Im Grunde genommen kann das allerdings auch seinen Überwinden, der sich die Wäre nimmt, die Frage bis zum Ende einmal durchzugehen. Denn in so hohem Grade der Bedenklichkeit auch die Ursache von wirtschaftlichen Vorfällen und Schwankungen ist, in viel höherem Maße noch ist er Wirkung, die augenblickliche Entwicklung des Marktkurses auch Wirkung auf wirtschaftlicher, nämlich politischer Vorgänge und Urteile. Da die europäischen Vorkämpfer unabweislich in der nächsten Zeit noch nicht zur Ruhe kommen wird, so wird man eben leider auch damit rechnen müssen, daß die gegenwärtigen Schwankungen der Wechselkurse zueinander auch anhalten. Sehr schöne Ausnahmen sind das nun wirtschaftlich ja gerade nicht, man wird aber dem Abel auch mit der in der letzten Zeit so häufig empfohlenen Devaluation, d. h. der Herabsetzung des Marktwertes unseres Währungszeichens nicht bekommen. Bekanntlich liegt der Nullpunkt des Fahrenheit'schen Thermometers erheblich unter dem der bei uns üblichen Celsiusthermometer; aber glaubt irgend jemand, daß er bei 10 Grad Wärme nach Fahrenheit weniger frieren würde, als bei 12 Grad Kälte nach Celsius (welche beiden Angaben einander sichtlich genau entsprechen)? Und so würden sich auch die Untertemperaturen unseres Wirtschaftslebens im Wesen nicht verändern, wenn man sie an einem anderen Maßstab ablas.

Man kann dabei übrigens nicht einmal behaupten, daß die deutsche Wirtschaft von der gewaltigen neuen Inflationswelle der letzten Monate die gleiche Anregung erhalten habe, wie von der entsprechenden des vorigen Winters. Selbst im Spätherbst war das einigermassen der Fall, hier sprachen aber große Notstands- und Lohnveredelungsbedürfnisse mit.

Inzwischen geht, abnehmend fast unberührt von dem Auf und Ab der Markbewertung, die Umwidmung in deutschen Aktienwesen weiter, die verschiedentlich aus Anlaß der Bildung der Riesengruppe Rhein-Elbe-Union-Siemens-Schneider eingehender geschildert wurde. Zwei, oder eigentlich drei Vorgänge aus der letzten Zeit lenken nun aber die öffentliche Aufmerksamkeit wieder einmal schärfer auf sich. Der erste liegt in gewissem Sinne etwas Neues dar, nämlich die Teilauflösung einer kleinen Gruppe durch zwei gemeinsam vorgehende große, die Aufstellung der Vereinigten Lausitzer Glühlampenwerke durch Siemens u. Halske auf der einen, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft auf der anderen Seite, wobei die Glühlampenfabriken der Osram-Gesellschaft übereignet, der Restbestand der Lausitzer von den beiden Gegenpartnern zu gemeinsamem Eigentum übernommen werden sollen. Eine Durchleuchtung des Geschäftes wäre im großen ganzen aus den verschiedenen Gründen sehr reizvoll, seine wesentliche allgemeine Bedeutung liegt aber darin, daß sie die nahezu allein herrschende Stellung der Osram im deutschen Glühlampenmarkt durch die Beherrschung des hauptsächlichsten Halbleuchtmaterials zu einem kaum mehr angrenzenden, allerdings nicht ganz lädenlosen Privatmonopol ausweitete; die anderen Glühlampenhersteller sind nämlich auf die Glühlampen der Lausitzer zum Teil geradezu angewiesen. Auch ein Stückchen Amerikanisierung also, nur ein kleines allerdings, aber an einer recht bedeutenden Stelle des Wirtschaftslebens.

Dann ist es hier immerhin noch um Vorgänge, die sich innerhalb Deutschlands selbst vollziehen, so denen gewöhnlichen Ereignissen, besonders an den Vörten im obersteleischen Bergbau und bei den deutschen Bergbauvereinigungen auf ein stilles, aber jedes und jedesmaliges Vordringen der französischen Groß-Bourgeoisie, die ungewissenhaft danach streben, sich dort wirtschaftliche Stützpunkte zu schaffen. Was es besonders unter den augenblicklichen Umständen bedeuten kann, wenn Frankreich beherrschenden Einfluß auf obersteleische Werke gewinnt, bedarf kaum der Erörterung. Aber auch bei den großen deutschen Bergbauvereinigungen spaziert keine Herrschaft mehr als bedenklich, vor allem im Hinblick auf die wertvollen Vorkommen dieser Gesellschaften über die Verfassung der Steu- und der Braunkohle.

Verlaßt man sich, man hat immerhin den Eindruck, als ob viele Leute über dem Schlagwort von der Weltwirtschaft verärgert, daß es liegen eines vernünftigeren, in welchem fremde Land ein Aktienpaket anzuwenden, als es dies über auf tut. Gewiss ist es bedauerlich, wenn die Erträge deutscher Unternehmungen nach Holland, der Schweiz, Spanien, Skandinavien, der Union oder Südamerika abfließen. Aber dem neuerlichen Zugriff sind sie ja auch in diesem Fall nicht ganz entzogen und eine engere Verknüpfung der deutschen Wirtschaft mit den Wirtschaften dieser Länder, zu denen wir kaum je in Gegensatz geraten werden, kann uns unter den derzeitigen Umständen nur angenehm sein. Andere Länder aber, und das gilt ganz besonders von Frankreich, verbinden mit diesem wirtschaftlichen Vorgehen deutlich erkennbar politische, und zwar für Deutschland schädliche Zwecke. Das aber hierin ein grundlegender Unterschied für die Beurteilung liegt, bedarf schließlich keiner besonderen Begründung.

Possische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ 257 Millionen Dollar für die amerikanische Befahrung. Nach dem Jahresbericht des amerikanischen Generalstabes betragen die bisherigen Kosten der amerikanischen Befahrung in Deutschland 257 Millionen Dollar. Hieron hat Deutschland nach dem gleichen Bericht bis jetzt erst 82 1/2 Millionen Mark bezahlt. Die Zahlen stimmen mit den hier schon früher bekanntgewordenen im wesentlichen überein. Sie beweisen von neuem, daß die bisher durch die Alliierten bei Deutschland eingeforderten Vorküsse zur Befahrung der wirtschaftlichen Befahrungsförderung bei weitem nicht ausreichen, und daß die von Deutschland bisher geleisteten Zahlungen kein zureichendes Bild von den ungeheuren finanziellen Lasten geben, die dem Reiche aus der Befahrung erwachsen.

+ Vortragsüberhöhung bei der Reichspost in Sicht! Wie verlautet, haben sich beim Reichspostministerium Erwägungen über eine atermalige Erhöhung des Postzolls für Erleichterungen und Befahren. Die Befahrungserhöhungen und die übrigen hohen Auflagen der Reichspost haben diese Erwägungen notwendig gemacht, da die Defizite sich ständig vergrößern. Für die Vortragsüberhöhung wird ins Feld geführt, daß die Posttarife nur das vier- bis fünffache des Friedenspreises betragen, während die übrigen Preise im Leben mindestens um das Zehnache gestiegen sind. Die Erwägungen sind bisher zu einem Abschluß nicht gekommen, doch besteht nach wie vor die Neigung, spätestens im nächsten Frühjahr eine weitere Vortragsüberhöhung zu beantragen.

+ Verlauf des deutschen Landbesitzes in Ostafrika. Aus London wird gemeldet, daß dort Wagnahmen getronen werden, um den gesamten deutschen Landbesitz im vormaligen Deutsch-Ostafrika, aus dem so gut wie alle deutschen Untertanen vertrieben worden sind, zu verkaufen.

+ Zum Austritt des Berliner Oberbürgermeisters. Vermuth ist noch zu melden, daß sein Austritt auch aus politischen Gründen unvermeidlich geworden ist. Sämtliche bürgerlichen Parteien der Stadtverordnetenversammlung waren wegen seiner eigenartigen Haltung in dem wunden Elektrizitätsarbeiterstreit gespalten gegen ihn und beabsichtigten, ihm in der nächsten Sitzung ein Misstrauensvotum zu erteilen. Diesen Schicksal wollten die sämtlichen sozialistischen Parteien, die bekanntlich eine kleine Mehrheit haben, durch ein Vertrauensvotum parieren. Da aber die Kommunisten im letzten Augenblick ihre bereits erteilte Zustimmung hierzu zurückzogen, belief Vermuth keine Mehrheit mehr, und sein Austritt wurde unvermeidlich.

+ Wegen der radikalpolitischen Betriebsräte sahle der in Eilen abgehaltene Betriebsrätekongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Entschliessung, in der es heißt: „Die christlich-nationalen Betriebsräte betrachten es als ihre vornehmste Aufgabe und Pflicht, im Geiste des Betriebsrätegesetzes zu wirken; dagegen sehen sie es angeht, die Herrschaft unserer Wirtschaft als eine große Gefahr an, den übernatürlichen Forderungen gewisser Arbeiterkreise nachzugeben. Insbesondere lehnen sie die Forderung ab, die Betriebsräte auf den Boden des sozialistischen Klassenkampfes zu stellen. Von den Arbeitgeber verlangen sie, ebenso wie von den Betriebsleitungen vollkommene Beachtung aller Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes sowie dessen loyalste Durchführung, von den Betriebsräten gewissenhafte Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer den Unternehmern gegenüber.“

+ Über die bisherigen Zahlungen an den vormaligen Kaiser heißt es: Im Januar 1919 erhielt der mit nur wenigen Mitteln geküßte ehemalige Kaiser 400 000 bis 500 000 Mark; im August wurden ihm als nachgezählte Schatzungelleiher 1,8 Millionen überwiesen. Zum Ankauf des Hau es Doorn erhielt er im September 1919 10 Millionen Mark und als Erlös aus dem Verkauf der Häuser Wilhelmstraße 72 und 73, die an das Reich übergingen, 40 Millionen, abzüglich 2 Millionen Steuern. Insgesamt beläuft sich die Höhe der überwiesenen Summen also auf etwa 52,2 Millionen Mark.

Holland.

+ Auslagen für die Kriegsgefangenenfürsorge. In der holländischen Kammer wurde mitgeteilt, daß die für die britischen und deutschen internierten Kriegsgefangenen im Jahre 1918 gemachten Ausgaben ungefähr 13 Millionen Gulden betragen, wovon bereits in Folge der Zugaben der englischen Regierung der von dieser geschuldete Betrag in Höhe von über 7 Millionen Gulden zurückgezahlt ist.

Polen.

+ Russisches Ultimatum. Aus Riga wird gemeldet, daß die russische Delegation eine Aufforderung an die Polen richtete, die Friedensverhandlungen bis Sonnabend wieder aufzunehmen, andernfalls würde die russische Delegation abziehen und den Waffenstillstand aufkündigen. Nach einer „Times“-Meldung aus Warschau ist der polnische General-

stab in Erwartung der Wiederaufnahme der Kämpfe an die Front zurückgekehrt.

Italien.

+ Rückgabe der deutschen zoologischen Station in Neapel. Durch ein Gesetz, das noch der Ratifikation des Parlamentes bedarf, hebt die italienische Regierung die über die deutsche zoologische Station in Neapel eingeleitete Zwangsverwaltung auf und erlaubt die Station dem deutschen Professor Dohrn zurück, der sie nach der mit der Stadt Neapel vor dem Kriege getroffenen Konvention wieder übernimmt. Die nationalistische Presse hat in den letzten Tagen einen heftigen Angriff gegen diese Abgabe geübt, denn höhere Anzeichen, und verdient daher sich an die Rückgabe des archaischen Instituts anschließende Schritt.

Großbritannien.

+ Um Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund. Im englischen Unterhaus erörterte Lord Curzon die Frage, ob Vorties in der Zukunft der englischen Delegation zum Völkerbund brachte, als er auf der allgemeinen Versammlung des Völkerbundes auf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund drang, Vorties habe nur seine eigene Ansicht mitzuteilen; die eigenen Abgeordneten machten eine gewisse Reservezeit haben, die entscheidende Stimme werde jedoch von Herrn Lloyd George nach Beratung mit seiner Regierung abgegeben werden, die sich darüber mit der französischen und anderen Regierungen abzusprechen werde.

Preussische Landesversammlung.

(179. Sitzung.)

in Berlin, 25. November.

Das Gesetz über die Altersgrenze für Beamte wurde gestern im wesentlichen in der Kommissionsfassung angenommen. In der Spätsitzung wurden die Änderungsanträge, die Sonderbestimmungen für die Richter vorschägen, abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag Vorschlag, wonach das Gesetz auf die unmittelbaren Staatsbeamten und Volksschullehrer in dem berechneten Gebiet der Provinz Ober-Schlesien bis auf weiteres keine Anwendung finden dürfte. Dann unterbreitete man sich über den Justizetat, wobei es zu ausgedehnten Besprechungen über die Nicht-Vollendung kam.

Heute nimmt das Haus zunächst in zweiter und dritter Beratung den Gesetzentwurf über die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden ohne Wunsprache an.

Der Justizetat

wird hierauf in zweiter Lesung weiterberaten. Justizminister Am Hofen hat weit Angriffe, die der Abg. Kilian (U. Soz.) in der Mittwochs-Sitzung erhoben hat, zurückgewiesen. Der Antrag Seemann auf Neuordnung des Staatsollaus es stimmen wir zu. Notwendig ist die Entlastung der Berufungsinstanzen. Die Zulassung der Frauen zu den Gerichten hat durch Reichsgelehrte zu erfolgen. Das Gesetz als Schöffen ausgelassen werden, dafür sind auch wir. Weiter polemisiert der Redner gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Abg. Seemann und verteidigt die Befreiung gegen die erhobenen Vorwürfe. Ein Vertreter des Justizministeriums führt aus: Das Justizministerium wird mit allen Mitteln dahin arbeiten, daß die Richter vor Überlastung geschützt werden.

Nach einem Zusammenstoß zwischen dem Abg. Kilian (U. Soz.) und dem Abg. Kippel (Deutschnat. Vp.) wendet sich A. g. Seemann (Soz.) gegen den Abg. Stendel.

Das ist nun der erste Fall, wo die Neugliederung des Reiches in einem Teile sich vollzieht. Ich würde Ihnen dankbar und bitte Sie herzlich darum, eine allgemeine Debatte über die Neugliederung des Reiches auf Grund des Artikels 18 der Reichsverfassung, die ja an sich nahe liegt, am heutigen Tage zu vermeiden. Sie könnte der obersteleischen Frage schädlich sein, und wir müssen alles vermeiden, um irgendeinem Schaden hervorzurufen. Von unseren obersteleischen Landsteuten erwarten und hoffen wir, daß sie in dieser Regierungsvorlage einen Weg erblicken, der geeignet ist, alle Stellen aus dem Wege zu räumen und ihre unerlöschliche Zugehörigkeit zum Reiche festzuhalten. Wir haben auch die feste Überzeugung, daß unsere obersteleischen Volksgenossen, die in den schweren Tagen der Befreiung die Treue zum alten Vaterlande bewahrt haben, diese auch am Tage der Abkündigung beweisen werden.

Diese Ausführungen des Reichstagsleiters wurden wiederholt von lebhaftem Beifall begleitet.

Die Aussprache im Hause.

Der Abg. Bohlmann (Dem.) berichtete über die Ausschussverhandlungen.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschnat.) gab im Namen seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der es hieß: Wir vermögen dem vorliegenden Gesetzentwurf unsere Zustimmung nicht zu erteilen. Die Ansicht, daß durch die Gewährung der bundesstaatlichen Selbständigkeit das Ergebnis der Abstimmung Obersteleischens über seine Zugehörigkeit zu Deutschland künftig beeinflusst werden könnte, halten wir für irrig. Darüber hinaus bringt die Vorlage die unmittelbare Gefahr mit sich, daß sie zum

Signal für die Aufteilung des preussischen Staates wird. In solchem verhängnisvollen Tun reichen wir nicht unsere Hand.

Abg. Olschky (Soz.): Der obersteleische Arbeiter betonte er, ist unter allen Umständen dem deutschen Reiche besser aufgehoben als bei Polen. Darum werden wir für das Gesetz stimmen, wenn uns auch dieser Entschluß nicht leicht geworden ist.

Abg. von Kardorff (Deutsche Volksp.) betonte, das Verbleiben beim Reiche ist auch eine Lebensfrage für Obersteleischens selbst. Dieses Gesetz wird die Zustimmung nicht ungenügend, wahrscheinlich aber günstig beeinflussen. Deshalb nehmen wir es an.

Abg. Ledebour (U. Soz., rechts) trat ebenfalls für das Gesetz ein, weil Obersteleischens dem Reiche erhalten bleiben müsse.

Abg. Leicht (Bayer. Vp.) sprach sich für, Abg. Lebt (Kommunist) gegen die Vorlage aus.

Die Vorlage wurde alsdann mit großer Mehrheit — dagegen stimmten nur die Deutschnationalen und die äußerste Linke — in zweiter Lesung, ebenso sofort nachher in dritter Lesung angenommen.

Darauf verlagte sich das Haus.

Leagues über die griechische Frage.

Eine Drohung an die Athener Adresse.

Im Ausfuh der französischen Kammer machte Ministerpräsident Leagues eine Reihe von Mitteilungen über die europäische Lage.

Zu der griechischen Frage erklärte der Ministerpräsident, daß nach der Niederlage Venzelos' nunmehr Persönlichkeiten zur Regierung gelangten, die der Entente feindselig gegenüberstehen und Konstantin wieder auf den Thron bringen wollen. Frankreich behält sich deshalb ausdrücklich die Freiheit des Handelns vor. Der Friedensvertrag mit der Türkei sei noch nicht ratifiziert und Griechenland dürfe sich nicht wundern, wenn sich die Haltung Frankreichs in Bezug auf diesen Vertrag ändert. Damit gibt Leagues die Möglichkeit einer Revision des Vertrages von Sèvres zu. Frankreich würde zwar seinen Prinzipien gemäß sich nicht in die inneren Angelegenheiten fremder Völker einmischen, aber es könne die Ermordung französischer Seeleute im Dezember 1916 nicht vergessen.

Trotzdem ist aber von Athen eine griechische Mission nach Luzern abgekehrt, um König Konstantin im Namen des griechischen Volkes um die Rückkehr auf den Thron zu bitten. Die Prinzen Christoforos und Andreas sind in Athen eingetroffen. Die Menge trug sie in voller Begeisterung auf den Schultern. In amtlichen Kreisen hegt man das starke Vertrauen, daß der britische Widerstand gegen die Einmischung über den Wunsch Frankreichs, Konstantins Rückkehr zu verhindern, den Sieg davontragen werde.

Friedensströmungen in Amerika.

Ablehnung des Versailler Friedens.

Der bekannte amerikanische Senator Mac Kormick, ein Freund Harding's, erklärt in der amerikanischen Presse, die Dinge würden folgenden Verlauf nehmen: Wenn die Entschädigung Knox, die den Krieg zwischen Amerika und Deutschland für beendet erklärt, angenommen wird, dann würde der Friedenszustand durch einen Notenwechsel festgestellt werden. Der nächste Schritt wäre dann die Ernennung von Konsular- und diplomatischen Vertretern.

Aus Washington wird nun gemeldet, daß die radikalen republikanischen Gegner des von Wilson angenommenen Friedens bei Harding darauf drängen, daß ein radikales Aktionsprogramm aufgestellt wurde, das folgende Punkte enthalte: 1. Vollständige Ablehnung des Versailler Friedens, 2. Trennung der Vereinigten Staaten von der Entente, was die Erzwingung der Erfüllung der Friedensbedingungen durch die hegemonische Mächte betrifft, 3. Die Anerkennung des Friedenszustandes durch einen Kongressbeschluss, 4. Öffnung von Verhandlungen über freundschaftliche Verträge mit Deutschland und Österreich.

Die republikanischen Senatoren sind einstimmig der Ansicht, daß die neue Regierung sich wünschen eines Friedens mit den Mittelmächten erklären wird und zwar durch eine Entschädigung, die etwa der gleichkommt, welche Knox seinerzeit vorschlug, die aber von Wilson mit dem Veto belegt wurde.

Autonomie für Oberschlesien.

Annahme der Vorlage im Reichstag.

25. Sitzung. 25. Berlin, 25. November.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung, die wiederum mäßig beleuchtet war, stand an erster Stelle eine Interpellation Leuborn (Centr.), die gegen Äußerungen des Direktors der Reichsgetreidekasse v. Fallmann Einspruch erhebt. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß die eingeleitete Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei. Sobald ihr Ergebnis feststeht, wird die Interpellation beantwortet werden, voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche. Hierauf ging man über zu der zweiten

Lesung des Gesetzentwurfes.

Der Reichskanzler leitete die Verhandlungen mit einer kurzen Rede ein. Im Artikel 88 des Friedensvertrages, so erklärte er, werden in einem großen Teil Oberschlesiens die Bewohner berufen, im Wege der Abstammung auszuweisen, ob sie mit Deutschland oder Polen vereinigt zu werden wünschen.

Der Tag dieser Abstimmung steht nahe heran. Zuvorliegende Nachrichten über den genauen Termin besitzen wir noch nicht, aber es ist möglich, daß die Abstimmung noch im Laufe des Monats Januar stattfinden wird. Ich brauche kein Wort darüber zu verlieren, von welcher Bedeutung die Abstimmung für das Deutsche Reich sein wird.

Es ist zum Gesamtbevollmächtigten des deutschen Volkes geworden, daß Deutschland ohne Oberschlesien, ohne seine großen Bodenschätze kaum zu leben vermag, daß es lebensfähig

nicht ist, wenn die Bedingungen des Friedensvertrages nachzukommen, wenn Oberschlesien vom Deutschen Reich losgerissen wird. Es ist bei dieser ungemessenen Wichtigkeit der Abstimmung begreiflich, daß sich die beiden interessierten Staaten, Polen und Deutschland, mit der größten Lebhaftigkeit um die Frage der Abstimmung bemühen und auf sie in ihrem Sinne einzuwirken versuchen. Soweit das von beiden Seiten mit erlaubten und anständigen Mitteln geschieht, werden wir dagegen nichts einzuwenden haben. Wenn es aber, wie schließlich, die Tatsachen sind in bekannt mit

den allerwertvollsten Mitteln des Terrors

geschieht, eines Terrors, der sich schließlich zu Mordtaten verflücht, der nicht vor der Deuselei zurückzuckt, die Urheber dieser Mordtaten auf eine ganz unzulässige Seite, auf unsere Seite, zu lenken, dann können wir das nur im höchsten Grade bedauern und als verwerflich bezeichnen. Polen hat auch ein Autonomiegesetz erlassen für die Oberschlesier.

Oberschlesiens Pflicht gegenüber dem Reich.

Es ist nun ganz klar, daß der Kanzler fort, daß so wichtig die Frage der Autonomie für ein Land ist, damit die Hauptfrage noch nicht entschieden ist, und für einen rechtlich abwägenden Bürger dürfte sich die Wahl doch einfach gestalten.

Für die Zugehörigkeit zu einem Reich, das, wenn man in Oberschlesien auch glaubt, Anlaß zu Beschwerden auf verschiedenen Gebieten in der Vergangenheit gehabt zu haben, doch für sich in Anspruch nehmen kann, Oberschlesien auf eine ungeheure wirtschaftliche und kulturelle Höhe gebracht zu haben, ein Reich, das, trotz der Nöte der Gegenwart, doch verspricht, in Zukunft geordnete Zustände in Oberschlesien zu wahren, ein Reich, das dort eine soziale Bewegung eingeführt hat, mit der die konkurrierende Nachbarschaft niemals wird reibalisieren können, in der Wohlfahrts-einrichtungen getroffen sind zugunsten der Minderbemittelten der Arbeiterbevölkerung, die eine Nachahmung von Seiten der Polen kaum erlangen können.

Auf der andern Seite ein Staat, der überwiegend erst in der Entwicklung begriffen ist, der nach der Art seiner Zusammenfassung bei den unruhigen Bestandteilen seiner Bevölkerung kaum eine geordnete, ruhige Staatsführung darin führen kann, in dem die Grundlagen für die kulturelle und wirtschaftliche Höhe, die durch das Deutsche Reich schon geschaffen worden ist, vorläufig jedenfalls für absehbare Zeit überhaupt fehlen. Aber die Frage der Autonomie ist nun einmal in die Menge geworfen worden. Sie ist etwas Gasolinierendes geworden, sie wird für die Abstimmung in Oberschlesien von maßgebendem Einfluß sein, und es ist ja auch richtig und anzuerkennen, daß Oberschlesien sowohl nach der Zusammenfassung seiner Bevölkerung wie auch nach seiner industriellen Entwicklung sich als ein Gebiet darstellt, in dem eine bestimmte Eigenart sich ausgeprägt hat und da nach einer bestimmten Ausgestaltung ihrer Gegenwart verlangt. Im normalen Gang der Dinge hätte der Artikel 18 der Reichsverfassung genügt, aber durch die Art der Agitation der Gegenseite ist jetzt die

Frage der Autonomie

zu einem entscheidenden Faktor bei der Abstimmung geworden. Es hat sich nun gezeigt, daß sich die verschiedenen Elemente alle vereinigt haben, im Sinne der Lösung der Autonomiefrage nach dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf. Es ist durchaus begreiflich, daß der preussische Staat, daß die Parteien mit großen Sorgen an diese Autonomie denken, vom Standpunkte des Reiches, vom Standpunkte des Staates Preußen als auch vom oberösterreichischen Standpunkte aus, aber die Entwicklung ist derart geworden, daß sich nun fast alle Teile, ich will wenigstens sagen der ganz überwiegende Teil der deutschen Bevölkerung, für die Lösung der Autonomiefrage im Sinne der Regierungsvorlage einsetzt. Aufgabe der internationalen Kommission Oberschlesiens — über ihr Verhalten in der vergangenen Zeit will ich mich hier eines Urteils enthalten — wird es sein, für eine Abstimmung frei von allen Drohungen, frei von allem Terror zu sorgen.

Neugestaltung des Arbeitsrechtes.

Ein einheitliches Gesamtwerk.

Über die Neuregelung des gesamten Arbeitsrechtes wird aus dem Reichsarbeitsministerium folgendes mitgeteilt:

Die Arbeiten zur Schaffung des in Artikel 157 der Reichsverfassung in Aussicht genommenen einheitlichen Arbeitsrechtes sind in jüngster Zeit im Reichsarbeitsministerium erheblich gefördert worden. Aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen erscheint eine möglichst rasche gesetzliche Regelung einzelner Teilgebiete geboten. Die Einzelgesetze werden später unter sich und mit dem übrigen Gesetzbuch zu einem einheitlichen Gesamtwerk verschmolzen werden. Zu einer größeren Anzahl von Einzelgesetzentwürfen sind Vorentwürfe ausgearbeitet worden, die zurzeit im Arbeitsrechtsausschuß, sowie mit Vertretern der beteiligten Kreise und mit den Behörden des Reichs und der Länder durch beraten werden. Es sind vor allem zu nennen die Entwürfe einer Schlichtungsordnung, eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Arbeitsnachweisgesetzes, ferner eines Bauarbeitsgesetzes, eines Seimarbeits-

gesetzes, eines Arbeitsarbeitsgesetzes und schließlich eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiter. In Vorbereitung befindet sich der Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit der Angestellten. Ferner sind die Arbeiten für die Gestaltung des allgemeinen Arbeitsvertragsrechtes und der für die Angestellten in diesem Rechtsgebiet erforderlichen Sonderbestimmungen in Angriff genommen.

Sorales und Provinzielles.

+ **Salver, 27. Nov.** Wie aus dem im Anzeigenteil unserer heutigen Nummer ausgenommenen Aufruf unserer Gemeindeverwaltung ersichtlich, wird in der nächsten Woche mit der Sammlung für die Hilfsbedürftigen unserer Gemeinde, insbesondere für die Kriegervitwen und Kriegervätern, begonnen werden. Damit wird die Anregung der Verwirklichung entgegengesetzt, die wie wir schon berichteten, das Gemeinderatsmitglied Dunkel in der letzten Gemeinderatsitzung gab. Wie im vergangenen Jahre, so sind auch jetzt wieder einige Herren damit betraut worden, die Sammlung in den einzelnen Bezirken der Gemeinde durchzuführen. Diese den Sammel-ausschuß bildenden Herren sind am Dienstag dieser Woche zu einer Vorbereitungsitzung im Sitzungszimmer des Amtshauses zusammengetreten, um über die Notwendigkeit und den Zweck der Sammlung sich klar zu werden. Es sollen nur die wirklich Hilfsbedürftigen der Gemeinde mit Gaben bedacht werden, also nur solche, die ohne eigenes Verschulden in große Not und Armut geraten sind. In der oben erwähnten Sitzung wurde an wirklich erschütternden Beispielen die Notwendigkeit des beabsichtigten Liebeswerkes vor Augen geführt und es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Opfergeist unserer Gemeindeglieder nicht versagen wird. Es ist nicht wahr, wenn hier und da, wie früher schon, den Sammlern der Ruf entgegenschallt: „Es gibt keine Arme in der Gemeinde!“ O, wenn uns unser Jünglingsgefühl nicht zurückhält, an Beispielen das Gegenteil dieser Behauptung nachzuweisen, wir würden es gern den Eltern zeigen und ihnen das Herz warm machen. Deshalb wollen wir auch nicht verfehlen, an dieser Stelle das Liebeswerk unseren Lesern zur Unterstützung zu empfehlen. Wie manche unter uns leben trotz der Not der Zeit in guten Lebensverhältnissen, während andere darben müssen. Wohlauf, das Fest der Liebe steht vor der Tür! Wollt ihr Tränen trocken und Weihnachten recht feiern, so gesellt euch zu den Gebenden und ihr werdet an euch selbst die Wahrheit des Wortes erfahren: „Geben ist seliger denn nehmen!“

+ **Salver, 26. Nov.** Dem Polizeioberwachmeister Plate gelang es, vor einigen Tagen einem Schieber aus Osbergshausen 1 1/2 Mille Zigaretten abzunehmen und zu beschlagnahmen.

+ **Salver, 27. November.** Wie aus dem Inserat hervorgeht, veranstaltet der Männergesangsverein „Arion“ am kommenden Sonntag ein Konzert mit Ball. Unter der Leitung des bewährten Dirigenten Musikdirektor Herrn Ernst Hansen gibt uns der Verein die beste Gewähr, ein Konzert in großartiger Weise bieten zu können. In Sonderheit möchten wir darauf hinweisen, daß der Quartettverein „Reingold“ Unter-Barmen seine Mitwirkung zugesagt hat. Erfreulicherweise wird auch Herr Musikdirektor Hansen mit seinen sympathischen Solo-Vorträgen dienen, und die Schlussnummer des Konzerts „Das Sängerkunst u. v.“ wird allem die Krone aufsetzen, sodaß wir den Besuch des Konzerts bestens empfehlen.

+ **Schallmühle, 26. Nov.** Aus Anlaß der früheren Schließung des Postschalters wird daran erinnert, daß Einschreibsendungen, Wertpakete bis 500 Mk und gewöhnliche Pakete auch außerhalb der Schalterdienststunden angenommen werden. Für jede Sendung ist jedoch eine Einlieferungsgebühr von 1 Mk. vorauszusetzen. Zum Zwecke der Einlieferung derartiger Sendungen sowie von Telegrammen benutze man die Klingel an der rechten Wand der Eingangstür.

+ **Schallmühle, 26. Nov.** Mit Wirkung vom 1. Dez tritt folgende Bestimmung in Kraft: Firmen

Die Diamantentönnigin.

von Erich Friesen.

Nachdruck verboten!

Der alte Herr sieht so bedrückt aus, daß sie für einen Moment aus ihrer Teilnahmslosigkeit erwacht und ihn fragt, ob er krank ist.

„Nein, liebes Fräulein,“ lautet die ernste Erwiderung. „Ein Krummer quält mich.“

„Krummer?“ wiederholt sie mit zuckenden Lippen, die tränensüßlichen Augen zu ihm erhebend. „Krummer und Trübsal sind schwerer zu tragen als Krankheit — ich weiß es wohl.“

Soll inniger Teilnahme rufen die Blicke des alten Herrn auf dem bleichen Mädchenantlitz.

„Mein armes Kind, — Ihre Worte erschauern mir noch meine traurige Volksgast an Sie!“

„Mir — eine traurige Volksgast?“ fragt sie mit lächelndem Lächeln. „Was könnte mir noch Schmerz überfahren — seht, nach Onkel Eberhards Tode?“

„Es gibt noch andere Verluste als den eines geliebten Menschen,“ — bemerkt er ägernd.

„Für mich nicht! Also — reden Sie mir ruhig! Mich wird es nicht berühren.“

„Zum Beispiel der Verlust eines Vermögens,“ vollendet er, ohne Scheinbar von ihrem Einwand Notiz zu nehmen.

Obgleich Gertrud den Sinn der Worte noch nicht faßt, so blüht sie doch etwas erkaunt herein.

„Wie meinen Sie das, Herr Doktor?“

„Doch immer jögert der sonst stahlharte Jurist, mit der vollen Wahrheit herauszurücken, doch Gertrud kommt ihm zu Hilfe.“

„Wollen Sie sagen, daß ich mein Vermögen verloren habe? Onkel Eberhards Vermögen?“

„Ja, das wollte ich sagen.“

Gertrud schweigt; sie hat sich niemals um Geldangelegenheiten bekümmert, kennt kaum den wahren Wert des Geldes, aber der Verlust desselben muß doch

wohl etwas sehr Schlimmes sein, da der gute alte Herr vor ihr solch ernstes Gesicht macht.

„Wie ist das möglich?“ fragt sie nach einer Weile, mehr verwundert als bekümmert. „Onkel Eberhard war doch so reich, wie Sie mir selbst sagten.“

„Gewiß, mein liebes Kind, und ich finde jetzt beim Ordnen seines Nachlasses, daß sein Vermögen noch weit größer war, als ich annahm.“

„Nun also?“

„Vor einigen Tagen teilte mir Regierungsrat Dr. Friedmann, einer unserer hervorragenden Advokaten, mit, daß er das ganze Vermögen Ihres Onkels für eine andere beansprucht.“

Jetzt kommt doch etwas Beben in Gertrud.

„Für eine andere?“ wiederholt sie befreundet. „Wer könnte das sein? Bin ich nicht seine nächste Verwandte?“

„Nein.“

„Wer ist es denn?“

„Die Gattin Ihres verstorbenen Onkels. Oder — vielmehr seine Witwe.“

„Seine Witwe? Onkel Eberhard war ja gar nicht verheiratet!“

„Wissen Sie das so genau?“

„Ich war ja stets bei ihm, so lange ich denken kann, — und doch.“

Sie stockt. Ihres Onkels Worte fallen ihr ein:

„Du hast mir über vieles hinweggeholfen! Ist es möglich, daß der teure Onkel unglücklich verheiratet war? Daß er getrennt von seiner Gattin lebte?“

„Ich sehe, Sie hegen selbst Zweifel in dieser Sache,“ bemerkt der Notar. „Die Angelegenheit verhält sich nämlich folgendermaßen: Die Dame, die sich als Eberhard von Althoff's Witwe ausgibt, behauptet, ein Jahr nach ihrer in Oxford stattgefundenen Vermählung mit Eberhard von Althoff seien beide überein gekommen, wieder auseinanderzugehen. Eine Scheidung hat nicht stattgefunden; Frau von Althoff erhielt eine jährliche Rente und ging nach Amerika, während ihr Gatte nach Deutschland zurückkehrte. Beide haben einander seitdem nie wiedergesehen. Sie gibt ferner an, ein Kind aus dieser Ehe gehabt zu haben, das einige Stunden lebte, und beanprucht nach englischem Gesetz den ganzen Nachlaß ihres Gatten auch im Namen dieses Kindes.“

Schweigend hat Gertrud zugehört — wer'st allem-

lich gleichgültig, wie im halben Traum, dann verwundert, interessiert, schließlich in verhaltener Erregung, voll lebhafter Spannung.

„Er wird gewußt haben, daß seine Gattin noch lebt,“ jährt Doktor Winterstein ernst fort, „und wünschte, Ihnen, seiner Nichte, sein Vermögen — oder wenigstens einen großen Teil desselben — zu vermach.“

Gertrud hat sich in einen Sessel fallen lassen und beschaltet die Augen mit der Hand; das alles kommt so plötzlich, so unerwartet — sie meint, es noch nicht fassen zu können.

„Ist das alles wahr?“ fragt sie leise, als Doktor Winterstein seinen Bericht beendet hat.

Regierungsrat Friedmann behauptet, vollständige Beweise für die Richtigkeit der Angaben seiner Klientin zu besitzen, und wenn es sich tatsächlich so verhält, woran ich nicht zweifeln kann, so muß das Gericht die Ansprüche der Witwe des Verstorbenen anerkennen. Jetzt verstehe ich auch, weshalb Herr von Althoff kurz vor seinem Tode so furchtbar erregt war.“

„Armer armer Onkel!“ murmelt Gertrud gepreßt.

Nicht an sich denkt das warmherzige Mädchen in dieser bedeutungsvollen Stunde, nicht an das, was sie verliert, sondern nur an den Toten, an die Seelenqual, die ihm seine letzten Lebensstunden bereitet haben müssen.

„Erhält sie alles? Ich habe nichts? Gar nichts?“ fragt sie nach einer kleinen Pause.

„Sie weigert sich ausdrücklich, der Nichte Ihres Gatten auch nur das geringste zu überlassen,“ sagt er endlich bestimmt. „Ich habe es auf jede Weise versucht, ihr durch Ihren Anwalt die Härte dieses Entschlusses klar zu machen — vergebens; die Frau schenkt Sie an, mein liebes Kind, ohne Sie zu kennen!“

(Fortsetzung folgt.)

und Private, die an dem Verfahren der bargeldlosen Bezahlung einzuwilligenden Summen für Postanweisungen und Zahlkarten, für Wertzeichen, zur Einlösung von Postaufträgen und Nachnahmen teilnehmen, d. h. mit Überweisung oder Scheck zahlen wollen, können dies beim Postamt schriftlich beantragen. Sie erhalten sodann einen besonderen Ausweis. Wer ohne diesen besonderen Ausweis bargeldlos einzahlen will, kann hierzu nur Überweisungen oder Schecks benutzen, die beim Postamt oder bei der Amtsparkasse bezw. den am Orte vertretenen Privatbanken dem Postamt bereits gutgeschrieben sind.

Kierspe, 27. Nov. Der Viehhändler M. H., der wegen Strafanträge auf verschiedene Betrugsverfahren, Geheimhaltungen, Falschrechnungen, Verbot von Viehhändlern, Verstoß gegen die Sittlichkeit steckbrieflich gesucht wurde, ist vor wenigen Tagen von der hiesigen Polizei in Waldbühl abgeholt worden und von hier aus dem Amtsgericht in Halberstadt übergeben worden.

Kierspe, 26. Nov. Nach Mitteilung der B. H. H. ist auch für Kierspe die Polizeistunde auf 10 Uhr abends festgesetzt.

Salver, 24. Nov. In der Nacht vom 18. auf den 19. November wurde in der Wohnung des Pastors Wilbrandt in Salver ein Einbruchdiebstahl verübt. Gestohlen wurden Kleidungsstücke und Lebensmittel.

Schwerte, 26. Nov. Gestern hat sich in einem Abteil 2 Klasse des gegen 1 Uhr mittags nach Hamm abgehenden Zuges ein unglücklicher Fall ereignet. Ein Reisender erschoss sich. Die Leiche wurde in Mana ausgeladen. Was den Selbstmörder — es handelt sich um einen etwa 35 Jahre alten Emil Vogt aus Barmen — zu der unglücklichen Tat veranlaßt hat, bedarf noch der Aufklärung. Er befand sich auf der Reise nach Hamm, wo er von seinem Bruder am dortigen Bahnhof erwartet wurde.

Dortmund, 25. Nov. Das am Bahnhofsvorplatz gelegene Kaffee Palais ging für 1 800 000 Mk. in den Besitz eines Dortmunder namens Lecker über.

Wipperfurth, 25. Nov. Der gestern vormittag kurz nach 10 Uhr ausgebrochene Brand auf dem Hofe Orbach legte bei dem trockenen Wetter in kurzer Zeit das Doppelwohnhaus und die Doppelscheune der Landwirte Biesbach und Schnipp ring, sowie das Wohnhaus des Landwirts Wietler in Asche. Die schnell alarmierte Dohrgauer Feuerwehr konnte nicht viel ausrichten, da es an Wasser mangelte und die Säfte ausgebrannt waren. Das Mobiliar und der Inhalt der Scheune wurde ebenfalls ein Raub der Flammen. Das Anwesen des Landwirts Graf, das abseits von dem Brandherd steht, sowie die Winterscheune blieben verschont. Der Schaden bei der heftigen Feuerung aller Materialien ist außerordentlich groß.

Eisfeld, 26. Nov. Rechtsanwalt Lamp, der durch seine Tätigkeit während der Märzunruhen und unter dem Verdachte des Hochverrats sich in Untersuchungshaft befindet, ist nach Feststellungen von von Psychiater für geistig minderwertig erklärt worden. Das Entmündigungsverfahren ist bereits eingeleitet.

Ohligs, 27. Nov. An der Waldschenke wurde der Sparkassengegenbuchführer Bleckmann aus Han in dem Augenblick verhaftet, als er seine Frau von zwei in Köln zu diesem Zwecke gedungenen Männern ermorden lassen wollte. Diese waren nur zum Schein auf das Angebot Bleckmanns eingegangen, seine Frau gegen eine Belohnung von 4000 Mark aus der Welt zu schaffen, und hatten die Polizei benachrichtigt. Bleckmann gestand den Mordplan ein.

Turnen, Spiel und Sport.

Halver, den 27. November 1920.

Morgen Sonntag finden auf dem Sportplatz Carlshöhe zwei Jugenddiplomspiele statt. Die Lüdenscheider II. und IV. Jugendmannschaft spielen gegen unsere I. und II. Jugendmannschaft. — Die Halverschen Spieler beider Mannschaften wollen sich Samstag nachmittags 4 Uhr beim Vorsitzenden Albert Linnepe einfinden.

Eingelandt.

Ohne Verantwortung für die Redaktion.

Hädinghausen b. Kierspe, 25. Nov.

In der Freien Presse wird ein Artikel veröffentlicht, wonach ich als Gemeindevorsteher zurück treten soll. Man hat ja doch nur ein Vorschlag für solche Aussagen, und es ist gut, daß der Verfasser in dieser schweren sorgenvollen Zeit seinen Mitmenschen Gelegenheit zu einer kleinen Freude gibt. Ich glaube aber, meinen Freunden und Bekannten zur Steuer der Wahrheit eine kurze Erklärung schuldig zu sein: Bei der damaligen Gemeinderatswahl wurde ich mit auf die Liste der S. P. D. g. gestellt und auch gewählt. Die Mitglieder der S. P. D. saßen dann den Entschluß, alle für Einen einzutreten. Wenn also jemand einen Antrag vorbringt, so ist es Pflicht, daß sämtliche Genossen diesen Antrag ohne Ausnahme unterstützen. Ich war aber doch nicht töricht genug, dieses Prinzip mitzumachen; denn es spricht doch aller Beschreibung Bohn, wenn einem zugemutet wird, eine verdröhte Ansicht eines Kollegen zu unterstützen, wenn man ganz anderer Meinung ist. Ich habe darauf erklärt, daß ich dieses unter keinen Umständen mitmachen kann. Als Gemeindevorsteher erachte ich es als meine heiligste Pflicht und Aufgabe, keine einseitige Parteilichkeit, Politik zu treiben, diese gehören nicht in den Gemeinderat. Ich werde in meinem Mandat für die Wahrheit und das Recht eintreten. Ich habe darauf gedrungen, daß auf der einen Seite der Bürger und auf der anderen Seite die Gemeinde zu ihrem Rechte kommt. Dieses Prinzip werde ich auch weiter verfolgen, und mich nicht beeinflussen lassen.

Ich erblicke keinen Grund, warum ich zurücktreten soll. Nach meiner Ansicht kommt dies nur dann in Betracht, wenn man sich einer Pflichtverletzung schuldig gemacht hat. Es ist heute kein Vergnügen, Gemeinderat zu sein, und ich will diesen Posten gerne anderen Leuten überlassen, aber ich erkläre hiermit nachdrücklich, daß ich den Genossen der S. P. D. nicht den Gefallen tun werde, zurück zu treten, jedoch sollte es den Herren zu

bedenken geben, daß ich sowohl von Fabrikarbeitern als auch von Landwirten gewählt wurde. So fernern möchte ich diesen Leuten empfehlen, einmal darüber nachzudenken, mit welchen Vorfällen sie in ihr Amt als Gemeinderat gegangen sind und wie es mit der Ausführung dieser Vorfälle gekommen ist.

Wilhelm Bifig.

Nach und Fern.

O über die Fahrt zur Volksabstimmung in Oberschlesien wird noch mitgeteilt: Die Stimmberechtigten, die außerhalb des Abstimmungsgebietes in anderen Teilen des Reiches wohnen, werden zwölf Tage zur Abstimmung brauchen. Die Abreise von Waffern ist streng unterlag. Reisebegleiter für alte, kranke und kriegsbeschädigte Stimmberechtigte werden aus den Reihen der Abstimmungsberechtigten besetzt. Kinder können auf die Reise nicht mitgenommen werden. Gegen Unfall sind die Stimmberechtigten bis 10 000 Mark versichert, gegen Verlust des Reisegepäckes bis 1000 Mark. Über die freie Reise, Verpflegung und Unterkunft hinaus werden im Bedarfsfalle auch Reiseunterstützungen gezahlt; Anträge müssen vor Eintritt der Reise gestellt und bewilligt sein. Alle Beamten, Angestellten und Arbeiter im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst erhalten Sonderurlaub unter Fortzahlung der Gehälter; ebenso wird die Erwerbslosenunterstützung weitergezahlt. Für Angestellte und Arbeiter im Privatdienst wird das gleiche angestrebt. Die großen Arbeitgeberverbände haben sich hierzu fast ausnahmslos schon bereit erklärt.

Das Porto im internationalen Verkehr. Der Weltkongress in Madrid hat die Konvention des Weltpostvereins angenommen, nach der der internationale Tarif auf 50 Centimes für den Brief, für Postkarten auf 30 Centimes und für je 50 Gramm Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenmuster auf 10 Centimes festgelegt wird. Die Länder, in denen die Valuta höher steht als in Frankreich, sind berechtigt, diese Ansätze in der Frankwährung entsprechenden Tagen anzuwenden, ohne aber unter die auf dem Weltkongress von Rom festgelegten, gegenwärtig in Kraft stehenden Tagen gehen zu dürfen. Der nächste Weltkongress wird im Jahre 1924 in Stockholm abgehalten werden.

Bombenexplosion in einem Konzert. Gelegentlich eines Konzerts des slowenischen Musikvereins explodierte in Görz eine Bombe. Es bestand eine große Panik. Alle Fenster scheiblen wurden zertrümmert. Glücklicherweise waren keine Menschenleben zu beklagen.

Milwaukeees Stützwerk für Deutschland. Rund achtzig Millionen Mark nach dem heutigen Geldwert sind seit dem Ausbruch des Krieges 1914 bis September 1920 von den Deutschen der Stadt Milwaukee zur Vinderung der Not des deutschen Volkes gesammelt worden.

Verhaftete Einbrecher. Bei einem Einbruch in München in der Wohnung eines vertriebenen Obersten a. D. wurden im September Teppiche, Silberzeug und goldene Schmuckstücke im Werte von einer Million Mark gestohlen. Die vier Täter, darunter eine Witwe, die bei dem Obersten zwangsweise eingewahrt war, sind jetzt verhaftet worden. Ein Teil der Beute, die nach Berlin verschoben worden war, wurde wieder herbeigeschafft.

Die Hochzeit am Schlagbaum. Vor einigen Tagen gab es auf der ungarisch-rumänischen Demarkationslinie eine feierliche Hochzeit. Ein Budapestier Ingenieur wurde durch einen Geistlichen über den Schlagbaum der Zollgrenze seiner Braut angetraut. Die an so merkwürdigem Orte abgeschlossene Heirat war durch die Notwendigkeit bedingt, daß weder der Bräutigam noch die in Siebenbürgen wohnende Braut einen Paß beschaffen konnte, um die Grenze zu überqueren. Da jedoch die Gattin nach vollzogener Ehe automatisch in den Staatsverband aufgenommen wird, dem ihr Gatte angehört, hob nach der Trauung der glückliche Ehegatte seine neugebaute Gattin zum Erlaunen der rumänischen Grenzschützer kurzerhand über den Schlagbaum, setzte sie in einen Wagen und entführte sie nach Budapest.

Arbeiter und Angestellte.

Görlitz. (Metallarbeiterstreik.) In Niederschlesien streiken über 40 000 Metallarbeiter. Auch bei den Arbeitgebern, die nicht dem Verband der Metallindustriellen Niederschlesiens angeschlossen sind, wird nach Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeitsüberlegung erfolgen, wenn die Arbeitgeber sich ablehnend verhalten. Am Donnerstag werden in Blegitz Schlichtungsverhandlungen stattfinden.

Kleine Nachrichten.

Um die Dieselmotoren.

Berlin. Die Reichsregierung wird in den nächsten Tagen eine Note an die Entente richten, in der sie sich bereit erklärt, die Bedingungen der Entente, betreffend die Dieselmotoren, anzunehmen.

Frankreich und die bayerischen Einwohnerwehren. Berlin. In hiesigen neutralen diplomatischen Kreisen wird behauptet, daß Frankreich in Bezug auf die bayerischen Einwohnerwehren eine gewisse Nachgiebigkeit zeigen werde mit Rücksicht auf die eigenartigen bayerischen Verhältnisse.

Steuerverpflichtung der Feuerungsanlagen in Bayern. München. Der Staatshaushaltsausschuß des bayerischen Landtages stimmte dem Gesetzentwurf zu, daß die Feuerungsanlagen, entgegen dem Urteil der Steuerbehörde, steuerpflichtig sind. Durch diesen Gesetzentwurf erhält der Staatsschatz 15 Millionen Mark, die Kreise 5 1/2 Millionen und die Gemeinden 18 Millionen Mark.

Das Weltporto.

Madrid. Der Weltkongress hat die Konvention des Weltpostvereins angenommen, nach der der internationale Tarif auf 50 Centimes für den Brief, für Postkarten auf 30 Centimes und für je 50 Gramm Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenmuster auf 10 Centimes festgelegt wird. Die Länder, in denen die Valuta höher steht als in Frankreich, sind berechtigt, diese Ansätze in der Frankwährung entsprechenden Tagen anzuwenden, ohne aber unter die auf dem Weltkongress von Rom festgelegten, gegenwärtig in Kraft stehenden Tagen gehen zu dürfen. Der nächste Weltkongress wird im Jahre 1924 in Stockholm abgehalten werden, wobei der Weltpostverein sein 50jähriges Jubiläum feiert.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Hier ist der bayerische Ministerpräsident v. Kahr eingetroffen. Der Zweck der Reise gilt in erster Linie Besprechungen mit dem Reichskommissar für die Entwaffnung, Dr. Peters, über die Frage der Einwohnerwehren.

Rom. Der Papst stiftete zur Unterbringung deutscher Kinder in Italien 200 000 Lire.

Schriftleitung: Wilhelm Bifig jr., Halver i. Westf.

Wer kommt nach Kierspe?

Aufruf.

Die ungeheure Teuerung aller Lebensbedürfnisse hat in einer Reihe von Familien eine unbeschreibliche Not hervorgerufen. Es fehlen bei vielen nicht allein Kleidung und Feuerung, sondern sogar die notwendigsten Lebensmittel. Manche Mutter weiß nicht, wo sie das notwendige Essen für ihre Kinder hernehmen soll. Dazu ist sie es, die in nicht seltenen Fällen ihren Gatten, den Vater ihrer Kinder für das Vaterland — für uns — hat hingeden müssen. Aber auch andere indirekt durch den Krieg und seine Folgen in Armut geratene Personen und Familien leiden bitter unter der furchtbaren Teuerung.

Ihnen allen nach Möglichkeit zu helfen, ist unsere heilige Pflicht. Der untergeordnete Ausschuss wendet sich deshalb, gleich wie im Vorjahre, abermals an die Beteiligten mit der ebenso herzlichen wie dringenden Bitte: Helft, diese Armen vor Hunger und Kälte zu schützen, helft uns diesen Bedürftigen eine Weihnachtsfreude zu bereiten.

In den nächsten Wochen werden unsere Beauftragten Sammellisten zur Einzelnachnahme vorlegen. Seht reichlich. Denkt daran, welche Summen Kleidung und Lebensmittel selbst bei den bescheidensten Ansprüchen erfordern! Es handelt sich um die Steuierung der bittersten Not bei den Armen unserer Heimatgemeinde.

Halver, den 24. November 1920.

Der Sammelausschuß: J. A. Fernholz, Gemeindevorsteher.

In das Handelsregister A Nr. 733 ist heute die Firma Alons Brüggenmann in Oberbrügge eingetragen. Inhaber derselben in der Schloffer Alons Brüggenmann zu Oberbrügge. Gesamtprokura ist für diese Firma erteilt dem Schloffer Josef Willmes in Oberbrügge und dem Schloffer Anton Brüggenmann in Oberbrügge. Lüdenscheid, den 18. November 1920.

Amtsgericht.

Sohlen in allen Größen Schuhmacher-Bedarfsartikel Kernbahnen. Lederabfälle.

Lederlager und Ausschnitt

stets grösste Auswahl.

Trotz der Teuerung noch keinen Aufschlag!

Hennemann, Hagen i. W.,

Elberfelderstr. 67. Nähe des Schauspielhauses.

Photograph H. Tell

Inhaber des Ateliers Westfalia Hagen i. W., Elberfelderstrasse 43.

Weihnachtsaufträge

in Vergrößerungen

Skizzen : Büsten-Karten : Bilder

bitte frühzeitig aufzugeben.

Nur gute, haltbare Bilder zu bekannt billigen Preisen.

Am Halver.

Mehlverteilung.

Vom 29. d. Mts. ab, wird auf Mehlmarke Nr. 47 und 48 Mehl ausgegeben und zwar auf beide Marken zusammen 250 Gramm. Halver, den 25. Nov. 1920. Der Amtmann.

Die unter dem Viehbesitzer des Landwirts Herrn u. W. H. Pulvermacher zu Bommer, Robert Grote zu Niederschlesien, Wilhelm Crone zu Giersteden und Friedrich Wilhelm Bürger zu Schmalenbach ausgebrochene Maul- und Klauenseuche ist erloschen. Halver, den 26. Nov. 1920. Die Polizei-Verwaltung.

Spiel-Abteilung

Turn- und Sport-Berein Halver

c. V.,

gegr. 1848.

Sonntag, den 28. Nov.

Jugenddiplomspiele

I. Jugendmannschaft Halver

gegen II. Jugendm. Lüdenscheid

II. Jugendmannschaft Halver

gegen IV. Jugendm. Lüdenscheid

Montag, den 29. Nov.

erhalte ich

Schweine.

Aug. Kierspe, Halver.

Wie erhalten in den nächsten

Tagen eine größere Sendung

Militärwagenräder

mit Achsen und geben solche

sehr preiswert ab.

B. Rodemann,

Fr. Schmidt,

Halver, Telefon 210.

Evangel. Gemeinde Halver.

Sonntag, den 28. November.

(1. Advent)

Vorm. 10 1/2 Uhr: Predigt

Pastor Dr. theol. Dresbach.

Vorm. 11 1/2 Uhr: Kinder-

gottesdienst.

Mittwoch abend 8 1/2 Uhr:

Posannenchor.

Donnerstag abend 8 Uhr:

Vorbereitung auf den Kin-

dergottesdienst.

Christl. Gemeinschaft Halver.

Berlinerstraße 27a.

Sonntag, den 28. November.

Morgens 9 1/2 Uhr: Erbau-

ungsstunde.

Nachm. 1 1/2 Uhr: Sonntags-

schule.

Abends 7 1/2 Uhr: Familien-

Abend mit Kaffeestinken

Redner: Prediger. Sch.

Jedermann ist herzlich ein-

geladen.

Mittwoch abend 8 1/2 Uhr:

Vortrag Evangelist C. Sch.

Samstag abend 8 1/2 Uhr:

Altars-Gesellschaft.

Katholische Gemeinde Halver.

Sonntag, den 28. November.

8 Uhr: Festmesse m. Pred.

10 1/2 Uhr: Hochamt m. Pred.

2 1/2 Uhr: Kaddish.

Bedwig Friemann

Hugo Büth

Verlobte.

Dömmelbach b Oberbrügge

Salver

27. November 1920.

Statt Karten.

Johanne Koch

Erich Eichholz

Verlobte.

Ehringhausen b Oberbrügge

Salver

28. November 1920.

Statt besonderer Anzeige.



Und Gott wird abwachen alle Tränen von ihren Augen und der Tod wird nicht mehr sein.

Heute morgen 3 1/2 Uhr entschlief nach kurzer Krankheit sanft im festen Glauben an seinen H. Land mein lieber Mann, unser treusorgender Vater, Schwiegervater, Grossvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Drechslermeister

Carl Halverscheid

im eben vollendeten 70. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Messenholz, den 26. Nov. 1920.

Die Beerdigung findet am Montag, den 29. Nov., nachm. 2 1/2 Uhr vom Sterbehause aus statt. Trauerfeier 1/2 Stunde vorher.

Krankenspenden im Sinne des Entschlafenen nicht erwünscht.

Keine Schau-
Fenster.



Verkauf nur
I. Etage.

Herren - Hosen

in schöne Kommager ansetzen

240 210 175 135

98

Gummimäntel

in allen Formen

575 450 390

298

Anzüge für Herren u. Jünglinge

650 475 350

265

Fahrtvergütung!

Sport - Ulster

in Barsben und Herren. Prima Qualität.

495 — 350 — 195 —

Hagen.

Eiberfelder-
straße 12.

Münch-Berg

Verkauf
nur
I. Etage.

Gut u. billig

kaufen Sie

Schlafzimmer

komplett zu

3200,— M.

Küchen

mit bestem Linooleum, prima

westfälische Arbeit, zu

1250,— M.

im

Möbelhaus Christian Niemeyer Nachf.

Hagen

Nur Eiberfelder-trasse 36.

Reagenshirne!

Empfehle mein Lager in:

Herren- und Damen-Schirmen

sowie

Spazierhüten, Güten, Mützen, Overhänden,

Einfaßhänden Kraen. Kr. warten u. f. w.

in großer Auswahl und billigen Preisen.

Sämtliche Reparaturen an Regenschirmen

sowie das

Umprägen und Reinigen von Herrenhüten

werden billigst ausgeführt.

Wilh. Schäfer Nachf.,

Lüdenscheld, Ecke Eduard- und Werderstraße.

Geschäftsbücher empfiehlt Wilh. Bell jr., Halver.

Besonders billige Preise

in:

Schuh-Waren

Herren-Stiefel
mit und ohne Lackkappe

185.— 175.—

165.—

Damen-Stiefel
eleganter Sitz mit und ohne
Lackkappe

245.— 165.—

125.—

Damen-Halbschuhe
in Boxcalf und Roßchevreaux

165.— 125.—

98.—

Hauspantoffeln
in kamelhaarartigen Stoffen

49.— 36.—

29⁵⁰

Kinderschuhe
warme Schnallenstiefel

34.50 27.50

24⁵⁰

Herren-Konfektion

Herren-Ulster
moderne Form, guter Sitz

675.— 475.—

295.—

Herren-Anzüge
in tadelloser Verarbeitung

775.— 575.—

395.—

Herren-Hosen
in schönen Streifen

185.— 98.—

68.—

Knaben-Anzüge
aus soliden Stoffen

185.— 115.—

37.—

Knaben-Paletots
in warmen Stoffen

225.— 165.—

115.—

Damen-Konfektion

Damen-Mäntel
in schönem Flausch

375.— 275.—

175.—

Jacken-Kleider
blau, schwarz, farbig

975.— 750.—

475.—

Costüm-Röcke
in soliden Stoffen

125.— 75.—

39.—

Damen-Blusen
in Seide, weiß und farbig

375.— 225.—

125.—

Strick-Jacken
in vielen modernen Farben

475.— 375.—

275.—

Gebr. Alsberg, Lüdenscheld.